



Pressemitteilung vom 28.01.2009

Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach begrüßt Beschluss des Bundesverfassungsgerichts:

Bundesverfassungsgericht festigt Anspruch auf Beratungshilfe

Nachdem in den vergangenen Monaten auch an vielen Orten in Nordrhein – Westfalen Amtsgerichte immer wieder Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB) die Gewährung von Beratungshilfe nach dem Beratungshilfegesetz (BerHG) verwehrt, verlief jetzt eine Verfassungsbeschwerde gegen Versagung von Beratungshilfe erfolgreich. Mit seinem Beschluss vom 11. Mai 2009 – 1 BvR 1517/08 – stärkt das Bundesverfassungsgericht die Gewährung von Beratungshilfe. „Wir verbinden dies mit der Hoffnung, dass die Amtsgerichte auch in Mönchengladbach damit wieder zu einer Praxis zurückfinden, die anerkennt, dass auch Einkommensschwache im Rechtsstaat zur Herstellung von Rechtsgleichheit gegenüber Sozialleistungsträgern einer unabhängigen anwaltlichen Rechtsvertretung bedürfen,“ erklärt dazu Karl Sasserath, Leiter des Arbeitslosenzentrums Mönchengladbach.

In den vergangenen Monaten machte das Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach immer wieder die Erfahrung, dass Ratsuchenden mit kleinem Einkommen von den Amtsgerichten die Gewährung von Beratungshilfe verwehrt wurde. Immer wieder machte das Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach mit Ratsuchenden die Erfahrung, dass diesen bei rechtlichen Auseinandersetzungen mit der ARGE die für die Prüfung bzw. Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche notwendige Beratungshilfe verweigert wurde. Die Beratungshilfe ermöglicht Menschen mit geringen Einkommen das Aufsuchen eines unabhängigen Rechtsanwaltes, der sie dann berät. Wie wichtig und richtig ein solches Recht ist, zeigt die Tatsache, dass in NRW ca. ein Drittel aller Klagen gegen Entscheidungen der ARGEN vor dem Sozialgericht für die Klägerinnen und Kläger erfolgreich verlaufen. Dies ist ein extrem hoher Wert. „Dies ist auch nicht als Kritik an der Arbeit der ARGEN zu deuten, sondern Ausdruck der mangelhaften Qualität, in der seinerzeit vom Gesetzgeber das Sozialgesetzbuch II verabschiedet wurde,“ so Sasserath weiter.

Noch nie wurden gegen ein Sozialleistungsgesetz so viele Klagen erhoben wie im Falle des SGB II. Dies hat zu starken Ausgabensteigerungen im Bereich der Beratungshilfe, die aus dem Landeshaushalt finanziert wird, geführt. Dieser Kostenentwicklung hat auch das Land NRW zu begegnen versucht und angeregt, die Gewährung von Beratungshilfe abzuwehren.“ Da wurden Antragsteller von Rechtspflegern zur Klärung ausgerechnet an die ARGEN zurückverwiesen. Also an die Behörde gegen die sich ihr Ersuchen um rechtlichen Beistand richtete.

Das Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach hat sich auf Grund dieser Erfahrungen schon vor Monaten an die Landtagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen gewandt. Die Antwort der Landesregierung auf deren kleine Anfrage im Landtag NRW führte zur der eindeutigen Erkenntnis, dass die Landesregierung NRW den Zurückverweis der Antragsteller an die ARGEN als gerechtfertigt ansah.

Dieser zweifelhaften Praxis bietet jetzt das Bundesverfassungsgericht mit seinem Beschluss Einhalt. „ Wir raten Ratsuchenden, die einen Antrag auf Beratungshilfe bei den Amtsgerichten stellen wollen, sich den Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes einfach im Internet auszudrucken und mit zur Rechtsantragsstelle zu nehmen,“ berichtet Karl Sasserath über die Tätigkeit des Arbeitslosenzentrums.

Näheres unter:

<http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg09-064.html>

Bundesverfassungsgericht - Pressestelle -

Pressemitteilung Nr. 64/2009 vom 18. Juni 2009

Beschluss vom 11. Mai 2009 - [1 BvR 1517/08](#) -

Verfassungsbeschwerde gegen Versagung von Beratungshilfe erfolgreich

Die Beschwerdeführerin beantragte beim Amtsgericht Beratungshilfe nach dem Beratungshilfegesetz (BerHG), um sich mit einem Widerspruch gegen die Kürzung von Arbeitslosengeld II zu wenden. Die Beratungshilfe wurde ihr u. a. mit der Begründung versagt, dass ein vernünftiger Ratsuchender ohne anwaltliche Hilfe Widerspruch eingelegt hätte; es sei der Beschwerdeführerin zumutbar, bei der Widerspruchsbehörde vorzusprechen und deren kostenlose Beratung in Anspruch zu nehmen, auch wenn diese mit der Ausgangsbehörde identisch sei. Der Bescheid werde im Widerspruchsverfahren von Amts wegen überprüft, ohne dass es rechtlicher Ausführungen zur Begründung bedürfe.

Die 2. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts hat diesen Beschluss des Amtsgerichts auf die Verfassungsbeschwerde der Beschwerdeführerin hin aufgehoben und zur erneuten Entscheidung zurückverwiesen. Die Entscheidung verletzt die Beschwerdeführerin in ihrem Anspruch auf Rechtswahrnehmungsgleichheit (Art. 3 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 20 Abs. 1 GG und Art. 20 Abs. 3 GG), wonach eine weitgehende Angleichung der Situation von Bemittelten und Unbemittelten auch im außergerichtlichen Rechtsschutz geboten ist. Vergleichsmaßstab ist das Handeln eines Bemittelten, der bei der Inanspruchnahme von Rechtsrat auch die Kosten vernünftig abwägt. Ein vernünftiger Rechtsuchender darf sich unabhängig von Begründungspflichten aktiv am Verfahren beteiligen.

Für die Frage, ob er einen Anwalt hinzuziehen würde, kommt es insbesondere darauf an, inwieweit er fremde Hilfe zur effektiven Ausübung seiner Verfahrensrechte braucht oder selbst dazu in der Lage ist. Im vorliegenden Fall benötigte die Beschwerdeführerin fremde Hilfe wegen eines rechtlichen Problems, das zum Zeitpunkt der Antragstellung noch keine höchstrichterliche Klärung erfahren hatte.

Entgegen dem Beschluss des Amtsgerichts kann es der Beschwerdeführerin nicht zugemutet werden, den Rat derselben Behörde in Anspruch zu nehmen, deren Entscheidung sie im Widerspruchsverfahren angreifen will. Auch bei einer organisatorisch getrennten und mit anderem Personal ausgestatteten Widerspruchsstelle entscheidet dann dieselbe Ausgangs- und Widerspruchsbehörde über die Leistungen der Beschwerdeführerin.

Es besteht die abstrakte Gefahr von Interessenkonflikten, die die beratungsbedürftige Beschwerdeführerin selbst nicht durchschauen kann. Aus Sicht der Rechtsuchenden ist der behördliche Rat nicht mehr dazu geeignet, ihn zur Grundlage einer selbständigen und unabhängigen Wahrnehmung ihrer Verfahrensrechte im Widerspruchsverfahren zu machen. Im Hinblick auf die prozessrechtlichen Grundsätze der Waffengleichheit und der gleichmäßigen Verteilung des Risikos am Verfahrensausgang im sich möglicherweise anschließenden Gerichtsverfahren darf der Beschwerdeführerin eine unabhängige Beratung nicht vorenthalten werden.

Auch wenn sich im Einzelfall ein objektiver Mehrwert anwaltlicher Beteiligung gegenüber behördlicher Beratung nicht empirisch voraussagen lässt, handelt es sich bei einer zusätzlichen und von außen kommenden Durchsetzungshilfe im Widerspruchsverfahren grundsätzlich um eine geeignete Maßnahme zur Effektivitätssteigerung des Verfahrens.

Dies ist insbesondere wegen des existenzsichernden Charakters des Arbeitslosengelds II von Bedeutung. Wegen der grundsätzlich zeitverzögernden Wirkung des Vorverfahrens und seiner Verbindung zum Klageverfahren ist auf eine möglichst effektive Gestaltung des Vorverfahrens zu achten.

Der fiskalische Gesichtspunkt, Kosten zu sparen, kann nach den dargestellten Gründen nicht als sachgerechter Rechtfertigungsgrund zur Versagung der Beratungshilfe angesehen werden.

[Das Bundesverfassungsgericht](http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg09-064.html)

<http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg09-064.html>

<http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg09-064.html>